



Innen- und Rechtsausschuss
Die Vorsitzende

Kiel, 17. März 2022

Landeshaus

Tel. (0431) 988 1143

(0431) 988 1152

Fax (0431) 988 610 1180

Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 144. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 16. März 2022, 13:30 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 13:35 Uhr

1. Bericht der Innenministerin zu den aktuellen Herausforderungen der Situation der Geflüchteten aus der Ukraine

Antrag des Abg. Thomas Rother (SPD)

[Umdruck 19/7331](#)

Die Innenministerin berichtete, eine Aussprache schloss sich an.

2. Bericht der Landesregierung zur Abschiebehaftanstalt Glückstadt

Antrag des Abg. Thomas Rother (SPD)

[Umdruck 19/7312](#)

Staatssekretär Geerds berichtete. Eine Aussprache folgte.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Zulassung von Verfassungsbeschwerden

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/719](#)

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/5977](#)

Mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen gegen die Stimmen von SPD und SSW lehnte der Ausschuss den Änderungsantrag, [Umdruck 19/5977](#), ab. Mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen gegen die Stimme des SSW bei Enthaltung der SPD empfahl der Ausschuss dem Landtag den Gesetzentwurf, [Drucksache 19/719](#), zur Ablehnung.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht (Landesverfassungsgerichtsgesetz - LVerfGG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/3652](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/7346](#)

Einstimmig nahm der Ausschuss den Änderungsantrag, [Umdruck 19/7346](#), an und empfahl den so geänderten Gesetzentwurf, [Drucksache 19/3652](#), dem Landtag einstimmig zur Annahme.

5. Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3573](#)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag den Gesetzentwurf, [Drucksache 19/3573](#), unverändert zur Annahme.

6. Entwurf eines Gesetzes zum Neunten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Neunter Medienänderungsstaatsvertrag HSH - 9. MÄStV HSH)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3584](#)

Gegen die Stimme des SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag den Gesetzentwurf, [Drucksache 19/3584](#), unverändert zur Annahme.

7. Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2641](#)

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/6970](#)

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/7347](#)

Mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen gegen die Stimmen von SPD und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2641](#), in der Fassung des [Umdrucks 19/6970](#) zur Ablehnung.

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 19/7347](#), zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

8. a) Lehren aus Pandemie und Flutkatastrophe ziehen - den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein optimal aufstellen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/3187](#)

b) Bevölkerungsschutz im Katastrophenfall gewährleisten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/3219](#)

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/7349](#)

Mit Zustimmung der jeweils antragstellenden Fraktionen empfahl der Ausschuss dem Landtag, die Anträge, [Drucksache 19/3187](#) und [Drucksache 19/3219](#), für erledigt zu

erklären. Ebenfalls einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag, den interfraktionellen Antrag, [Umdruck 19/7349](#), zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

9. Entwurf eines Gesetzes über die Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige und die Opferschutzbeauftragte oder den Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein - Opferunterstützungsgesetz (OuG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/3411](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/7295](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Umdruck 19/7344](#)

Mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnte der Ausschuss den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Umdruck 19/7295](#), ab. Einstimmig nahm der Ausschuss den Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen, [Umdruck 19/7344](#), an. Den so geänderten Gesetzentwurf, [Drucksache 19/3411](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig zur Annahme.

10. Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/3220](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
[Umdruck 19/7348](#)

Einstimmig nahm der Ausschuss den interfraktionellen Änderungsantrag, [Umdruck 19/7348](#), an und empfahl den so geänderten Gesetzentwurf, [Drucksache 19/3220](#), dem Landtag einstimmig zur Annahme.

11. a) Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der bereichsspezifischen Datenübermittlungsbefugnisse des Landesverwaltungsgesetzes in Fällen von Gewalt im sozialen Nahbereich zur Verbesserung eines institutionen- und behördenübergreifenden Informationsaustauschs

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3546](#)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Befugnisse zur Bestands- und Nutzungsdatenerhebung im Landesverwaltungsgesetz an die Neuordnung der Übermittlungsbefugnisse im Bundesrecht

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/3564](#)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/3546](#), unverändert anzunehmen.

Den Gesetzentwurf der regierungstragenden Fraktionen, [Drucksache 19/3564](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig mit redaktionellen Änderungen zur Annahme.

12. Verschiedenes

Zu dem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 14:40 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka